
Debatte um die grüne Grundhaltung

Kommission steckt Arbeitsplanung bis 2015 fest

Auf ihrer dritten Sitzung am 2. Mai in Berlin beschlossen die Mitglieder der grünen Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ ihre mittelfristige Arbeitsplanung und führten die Debatte um eine grüne Grundhaltung zum Verhältnis von Staat und Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften fort.

Der Fahrplan bis Januar 2015

Der von der Kommission verabschiedete Arbeitsplan sieht am 13. Juni eine weitere Sitzung vor der Sommerpause vor. Erwartet wird dazu als Gast der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Zudem sollen zwei Arbeitsgruppen bereits vor der Sommerpause ihre Tätigkeit aufnehmen. So können erste Arbeitsergebnisse in die Plenumsitzungen im Herbst einfließen. Hierfür sind Termine im September und November geplant. Der ursprünglich für den Herbst geplante Kongress, der dem Austausch mit VertreterInnen von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der interessierten Öffentlichkeit gewidmet ist, soll im Januar 2015 stattfinden. Denn Ziel ist es, mit ersten Ergebnissen, auch aus den Arbeitsgruppen, in den Kongressdialog einzutreten.

Verantwortlichen-Duos initiieren ab sofort Arbeitsbeginn der ersten beiden AGen

Die Bildung von Arbeitsgruppen hatte die Kommission auf ihrer zweiten Sitzung im März beschlossen, um Reformvorschläge, insbesondere im Bereich des Religionsverfassungsrechts zu erarbeiten. Dazu beschlossen die Mitglieder einen Themenkatalog zu rechtspolitischen, steuer- oder arbeitsrechtlichen Fragen. Als erste von insgesamt sechs Arbeitsgruppen nehmen nun „Finanzierung und Steuern“ sowie „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als zivilgesellschaftliche Akteure“ – mit einem Schwerpunkt auf kirchlichem Arbeitsrecht – ihre Tätigkeit auf. Als Verantwortliche der AG „Finanzen“ bestimmte die Kommission Friedrich Battenberg, Sprecher der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft ChristInnen, und Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. Verantwortliche für die AG „Zivilgesellschaftliche Akteure“ sind Sigrid Beer, Parlamentarische Geschäftsführerin der grünen Landtagsfraktion NRW, und Walter Otte, Sprecher des Bundesweiten Arbeitskreises Säkulare Grüne.

Gesellschaftliche Rolle der Gemeinschaften und Ausgestaltung der Kooperation von Staat und Religion im Zentrum der inhaltlichen Debatte

Zudem führten die Kommissionsmitglieder die inhaltliche Debatte fort, die auf die Entwicklung einer grünen Grundhaltung zum Verhältnis von Religion, Weltanschauungen und Staat zielt. So besteht zum einen weiterer Klärungsbedarf bei dem Blick auf gesellschaftliche Veränderungen als Ausgangspunkt für Reformvorhaben. Angesichts einer zunehmend säkularisierten, sich immer weiter pluralisierenden Gesellschaft bedarf das Religionsverfassungsrecht mit seinem historisch gewachsenen Fokus auf die beiden großen Kirchen einiger Reformen. Hier Vorschläge zu erarbeiten, wird Aufgabe der Kommission sein. Hinzu kommt die Frage, wie die Kooperation von

Staat/Religionsgemeinschaften ausgestaltet sein soll. Dabei soll zunächst geklärt werden, welche Kriterien bei der Kooperation Staat-Religion zum Tragen kommen sollen.

Schließlich geht es um die politische Frage nach der Rolle von Gemeinschaften für die Gesellschaft: Wie stellen sich die Grünen das Zusammenleben in der Gesellschaft vor? Welche Funktion sollten Gemeinschaften in der modernen pluralen und säkularen Gesellschaft erfüllen können? Diese Frage soll im Zentrum der 4. Kommissionssitzung am 13. Juni stehen.

Erste Arbeitspapiere der Kommission online

Zum Auftakt der Debatte um eine grüne Grundhaltung erstellten fünf AutorInnen bzw. AutorInnen-Teams aus dem Kreis der Kommission Inputpapiere, die ab sofort auf der grünen Website zu finden sind:

<http://www.gruene.de/partei/neue-kommission-zum-verhaeltnis-von-staat-und-religion.html>

Kurzinfo zur Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“:

Der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Kommission im Dezember 2013 eingesetzt. Sie soll eine grüne Position zum Verhältnis von Staat und Religion formulieren und Reformvorschläge, insbesondere im Bereich des Religionsverfassungsrechts, erarbeiten. Die federführende Leitung hat Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand und Berliner Landesvorsitzende, übernommen. Der Kommission gehören insgesamt 24 Mitglieder aus allen Gliederungen der Partei an. Die Arbeit der Kommission ist auf eine Dauer von zwei Jahren angelegt. Ein Abschlussbericht soll schließlich die Grundlage für einen Beschluss auf einer der folgenden Bundesdelegiertenkonferenzen, dem grünen Parteitag, sein.

Der Beschluss des Bundesvorstands zur Einsetzung der Kommission

<http://www.gruene.de/BuvoBeschluss>

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bettina Jarasch, Mitglied des Bundesvorstands

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Kontakt

buero.jarasch@gruene.de

Büroleiterin Isabelle Arend: 030-28 442 151

Infobrief empfehlen? Infobrief abbestellen? Bitte eine kurze Mail an buero.jarasch@gruene.de